

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Vier Fünftel der Stimmberechtigten lehnten Neugestaltung Regierungsviertel ab

Deutliches Abstimmungsresultat gegen Erstellung eines neuen Landtagsgebäudes und weiterer Bauten – In sämtlichen Gemeinden deutlicher Überhang an Nein-Stimmen

(G. M.) – Die Stimmberechtigten haben am Wochenende ein kräftiges Machtwort gesprochen. Bei einer Stimmbeteiligung von 59,5 Prozent sprachen sich nur 1683 Bürgerinnen und Bürger (entsprechend einem Anteil von 20,4 Prozent) für die Neugestaltung des Regierungsviertels aus, während 6570 Frauen und Männer (79,6 Prozent) dagegen votierten. In sämtlichen elf Gemeinden ergaben sich deutliche Nein-Mehrheiten, die von 66,91 Prozent in Planken bis zu 87,89 Prozent in Mauren reichten.

Das die Chancen für dieses Bauvorhaben mit einem Kostenvolumen von 58,5 Mio. Fr. nicht sehr günstig standen, obwohl der Landtag den Kredit mit 20 gegen 5 Stimmen gutgeheissen hatte, konnte aus den Diskussionen in der Bevölkerung in den letzten Wochen herauskristallisiert werden. Das Ausmass des Abstimmungsergebnisses jedoch, das einen Anteil von vier Fünfteln an Nein-Stimmen erbrachte, darf wohl als Überraschung gewertet werden. Allerdings erleichtert die überaus deutliche Niederlage für das Projekt Regierungsviertel die Aufgabe für die Verantwortlichen für die zukünftige Planung, denn jede Planung in der Zukunft hat sich nach diesem Wählerwillen zu richten.

Ablehnung in allen Gemeinden

In allen elf Gemeinden stimmten die Abstimmungsberechtigten mit grosser Mehrheit gegen die Kreditgewährung für das Projekt Regierungsviertel. Im Wahlkreis Oberland sprach sich ein Anteil von 22,22 Prozent für den Kreditbeschluss des Landtags aus, während 77,78 Prozent keinen Kredit für das Bauvorhaben zur Verfügung stellen wollten. Im Unterland fiel die Entscheidung mit einem Anteil von 16,61 Prozent Ja-Stimmen und 83,38 Prozent Nein noch deutlicher aus.

Erstellungskosten ausschlaggebend

Einen wesentlichen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der Bürgerinnen



Die Lücke zwischen dem Regierungsgebäude (rechts) und dem Verweserhaus, wo sich heute ein Parkplatz befindet, bleibt vorläufig unbebaut. Die Stimmberechtigten haben am Wochenende der Neugestaltung des Regierungsviertels eine deutliche Abfuhr erteilt: Nur ein Fünftel stimmte der Vorlage zu, während vier Fünftel dem Bau eines neuen Landtagsgebäudes sowie der Hangbebauung und der Erweiterung der Museumsbauten eine Absage erteilten. (Bild: Heinz Michels)

und Bürger dürfte der Umfang der gesamten Planung des Regierungsviertels ausgeübt haben. Insbesondere die hohen Baukosten von 58,5 Mio. Fr. in einer Zeit der angespannten Finanzlage des Staates und der unsicheren wirtschaftlichen Zeiten erschreckten viele Stimmberechtigte und liessen sie wohl vorsichtigerweise mit einem Nein votieren. Die Argumente der Regierung, dass die Gesamtüberbauung anstelle der isolierten Erstellung eines Parlamentsgebäudes die kostengünstigere Variante darstelle, überzeugten die Stimmberechtigten offensichtlich nicht. Auf wenig Gegenliebe bei den Stimmberechtigten stiess auch

die Ansicht der Regierung, dass sich das Projekt «durch Wirtschaftlichkeit und seine gute Einfügung in das ortsbauliche Gesamtkonzept» auszeichne.

Grosse Gegnerschaft

Auf fruchtbareren Boden fielen, wie aus dem Abstimmungsergebnis hervorgeht, die Argumente des Referendumskomitees, das die Baukosten als zu hoch bezeichnet hatte. Ausserdem machten die Gegner geltend, dass mit dem zur Abstimmung vorgelegten Projekt nicht das ganze Regierungsviertel dargestellt worden sei, sondern eine zusätzliche Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt

erfolgen werde. Als nicht befriedigend bezeichneten sie auch, dass der verkehrsfreie Platz vor dem bestehenden Regierungsgebäude und dem geplanten Landtagsgebäude aufgrund der Verkehrssituation nicht verwirklicht werden könne. Für die Urheber des Referendums ergibt sich daraus die zwingende Notwendigkeit für ein umfassendes Verkehrskonzept in der Gemeinde Vaduz.

Wie weiter?

Nach diesem Abstimmungsergebnis stellt sich die Frage nach dem weiteren Vorgehen. Da der Landtag unter prekären infrastrukturellen Verhältnis-

sen seine Sitzungen im Provisorium in der Musikschule abhalten muss, werden die Verantwortlichen wohl unverzüglich mit einer neuen Planung beginnen müssen, um Abhilfe zu schaffen. Weniger dringlich, aber ebenso notwendig, erscheint die Abklärung über das weitere Vorgehen beim Landesmuseum und dem Verweserhaus. Nachdem das Volk klar zum Ausdruck gebracht hat, was es nicht will, liegt der Ball nun bei den Behörden, um herauszufinden, welche Planung in der Bevölkerung eine Chance zur Verwirklichung hat.

(Die Tabelle mit den Abstimmungszahlen finden Sie auf Seite 2.)

Schwere Verluste für die hessische SPD

Frankfurt (AP) Die SPD hat erdrutschartige Verluste bei den Kommunalwahlen in Hessen hinnehmen müssen. Bei der bundesweit einzigen Wahl in diesem Jahr und der ersten Wahl seit den ausländerfeindlichen Anschlägen von Mölln im November verlor auch die Union den Hochrechnungen vom Sonntagabend zufolge Stimmen. Die Republikaner hingegen zogen erstmals in viele Parlamente ein und erreichten im Landesdurchschnitt über acht Prozent. Knapp zwei Wochen nach dem Chemieunfall bei Hoechst verbuchten die Grünen fast überall Gewinne. Die FDP hielt ihren Anteil. Die Wahlbeteiligung sank auf den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit.

Insgesamt waren 4,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, über die Zusammensetzung der Parlamente in 21 Landkreisen, fünf kreisfreien Städten sowie 421 kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu entscheiden.

Nach einer Hochrechnung des Hessischen Rundfunks von 20.00 Uhr erreichte die SPD in ganz Hessen 37,3 Prozent (minus 7,5). Die CDU erzielte 31,9 (minus 2,4), die Grünen 10,8 (plus 1,7), die Republikaner 8,2 (plus 7,5), die FDP 5,0 (plus 0,2) und die anderen Parteien 6,8 (plus 0,5).

Der hessische SPD-Ministerpräsident Hans Eichel sprach in der ZDF-Sendung «heute» von einer «schmerzhaften Niederlage». Die schweren Verluste seiner Partei seien Zeichen einer «tiefen Verunsicherung über die Rolle der SPD». «Es gibt zu wenig Teamgeist, zu viel Solistisches», sagte Eichel.

Benzin und Diesel teurer – Spielbanken erlaubt

Schweiz: Benzinzollerhöhung ab heute Montag in Kraft – Grünes Licht für «grosse Spiele» in Casinos

Bern (AP) Benzin und Diesel werden teurer, Spielbanken bald erlaubt und Tierversuche nicht verboten. Dies entschied das Schweizer Stimmvolk am Wochenende und gab damit Bundesrat und Parlament das Signal, dass es bereit ist, bei der Sanierung der Bundesfinanzen mitzuhelfen. Finanzminister Otto Stich zeigte sich erleichtert und befriedigt.

Bei einer vergleichsweise hohen Stimmbeteiligung von durchschnittlich 50,4 Prozent sprachen sich 1257386 (54,4 Prozent) Stimmberechtigte für eine fiskalische Mehrbelastung des Treibstoffes aus, 1052793 (45,6 Prozent) lehnten die Vorlage ab. Die Zollerhöhung um 20 Rappen je Liter bringt dem Bund jährlich Mehreinnahmen von 1,3 Milliarden Franken. Das Geld wird je zur Hälfte für die Sanierung der Bundeskasse und die Finanzierung des Strassenbaus verwendet. Der Bundesrat setzte die Zollerhöhung bereits auf heute Montag in Kraft, so dass die Konsumenten bereits in den nächsten Tagen für den Liter Benzin und Diesel an den Zapfsäulen stärker zur Kasse gebeten werden. Inklusive Warenumsatzsteuer und andere Gebühren ist mit einem Aufschlag von rund 22 Rappen zu rechnen. Die Zollerhöhung führt zu einem Teuerungsschub von 0,4 bis 0,5 Prozent.

Unterschiedliches Stimmverhalten

Ein Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Kantone zeigt, dass wie schon bei früheren Verkehrsvorlagen ein deutlicher Unterschied im Stimmverhalten zwischen Deutschschweiz und lateinischer Schweiz besteht. Neben den sechs Westschweizer Kantonen und dem Tes-

sin stimmten einzig die Schwyzer Stimmberechtigten mehrheitlich gegen den Treibstoffzollaufschlag. Grosse Zustimmung fand die Erhöhung bei Kantonen, die stark vom Nord-Süd-Verkehr betroffen sind. In Basel-Stadt stimmten 69,1 Prozent für die Vorlage, im Kanton Uri waren 68,5 Prozent und in Graubünden 65,0 Prozent dafür.

Bundesrat Stich wertete das Ja zu Erhöhung des Benzinzolls als Bekenntnis zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt und als Unterstützung der bisher unternommenen Schritte. Damit seien zusätzliche Schwierigkeiten bei der Finanzsanierung vermieden worden. «Mehr aber nicht», sagte Stich und fügte mit Blick auf die Mehrwertsteuer hinzu, dass der Weg zur Beschaffung neuer Einnahmen noch offen sei.

Schon bald rollt die Kugel

Überraschend deutlich, nämlich mit 1664618 (72,4 Prozent) Ja gegen 633329 (27,6 Prozent) Nein, kippte das Stimmvolk das Spielbankenverbot aus der Bundesverfassung. Sämtliche Kantone

unterstützten die Aufhebung des Verbots, wobei die Ja-Mehrheiten zwischen 81,1 Prozent im Kanton Genf und 66,7 Prozent im Kanton Jura lagen. Die grösste Zustimmung fand die Verfassungsänderung neben Genf in den Kantonen Nidwalden (78,1 Prozent) und Appenzell-Innerrhoden (77,2 Prozent); die grössten Nein-Mehrheiten ergab es neben Jura (33,3 Prozent) im Tourismus-Kanton Graubünden (32,7 Prozent) und in den Kantonen Zürich und Wallis (je 31,9 Prozent). Nach Erlass der Ausführungsgesetzgebung, die unter anderem dafür sorgen soll, dass die Spielcasinos nicht als Geldwaschanstalten des organisierten Verbrechens missbraucht werden, dürfte ab 1996 in sieben bis zehn Schweizer Spielbanken die Kugeln rollen. Der Bundesrat erhofft sich aus der Gewinnabschöpfung einen jährlichen Zuschuss von 150 Millionen Franken an die AHV, und die Tourismuswirtschaft verspricht sich steigende Zugkraft für das Ferienland Schweiz.

Kein Totalverbot für Tierversuche

Chancenlos blieb die Volksinitiative «zur Abschaffung der Tierversuche»: Mit 1650430 (72,2 Prozent) Nein gegen 634970 (27,8 Prozent) Ja wandten sich die Stimmberechtigten gegen ein Totalverbot der Tierversuche. Obschon die Verwerfung noch deutlicher war als 1985 im Fall der ähnlichen Initiative von Franz Weber und obwohl auch ein weniger radikales Volksbegehren vor Jahresfrist auf der Strecke blieb, kündigten die Tierversuchgegner noch am Sonntag einen neuen Vorstoss an. Diesmal soll es um ein zehnjähriges Moratorium für Tierversuche gehen.

Graubünden fördert öffentlichen Verkehr

(AP) Im Kanton Graubünden soll der öffentliche Verkehr vermehrt gefördert werden. Die Ergänzung der Kantonsverfassung wurde gestern mit 30376 Ja gegen 11106 Nein, das entsprechende Gesetz mit 30907 Ja gegen 11072 Nein genehmigt. Auch die Revision des Energiegesetzes fand mit 30561 Ja gegen 11135 Nein Zustimmung. Die Stimmbeteiligung lag bei 36,3 Prozent.

Mit dem neuen Gesetz über den öffentlichen Verkehr sollen einerseits Anreize zur vermehrten Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel und zum Umsteigen geschaffen werden. Die Umlagerung des Personen- und Güterverkehrs auf die öffentlichen Verkehrsträger bedingt gleichzeitig einen erhöhten Investitionsbedarf bei der Rhätischen Bahn und der Furka-Oberalp-Bahn, wobei flankierende Massnahmen beim privaten Verkehr vorgesehen sind. Allerdings soll dabei auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der private Verkehr im dünnbesiedelten Kanton in vielen Talschaften von existenzieller Bedeutung ist. Dem Kanton erwachsen durch das neue Gesetz zusätzliche Kosten in der Grössenordnung von fünf bis sieben Millionen Franken in der Finanzplanperiode 1993 bis 1996. Drei Millionen davon sollen auf Förderungsmaßnahmen entfallen.

Ebenfalls Zustimmung fand die Revision des Energiegesetzes, das eine Verminderung der Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung und gleichzeitig eine wirksame Senkung der Schadstoffbelastung in der Luft zum Ziel hat. Im neuen Gesetz ist ein finanzielles Anreizsystem vorgesehen.

Bild/Text-Integration

PRE
press

SATZ & REPRO AG
STÄDTLE 32 · FL-9490 VADUZ

TELEFON: 075 / 232 48 88
TELEFAX: 075 / 232 09 40